



Neuer Aufbruch für Brandenburg – die ersten 100 Tage

25. Februar 2020

I. Einleitung

Die Landtagswahl am 1. September 2019 hat den Wunsch der Menschen in Brandenburg zugleich nach Erneuerung *und* Stabilität zum Ausdruck gebracht. Mit der Wahl wurde deutlich: Bei aller Zufriedenheit mit dem in drei Jahrzehnten gemeinsam Erreichten wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger zugleich neue Impulse für ihr Land.

Sie wissen: Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren auf vielen Gebieten erfolgreich entwickelt. Sie wissen auch, dass Globalisierung und Digitalisierung, Klimawandel, regionale Ungleichgewichte, demografischer Umbruch und globale Migration unser Land vor große neue Herausforderungen stellen. Und sie wünschen sich neue soziale Sicherheiten sowie größeren Zusammenhalt angesichts des vielfältigen Wandels, den sie in ihrem Alltag erleben.

Die neu gebildete Brandenburg-Koalition aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gestaltet diese Veränderungsprozesse und hat dabei stets das gesamte Land im Blick. Denn in den großen neuen Aufgaben liegen für uns zugleich große neue Chancen. Es ist keine Übertreibung: Wir in Brandenburg haben es heute in der Hand, unser Land durch eine gute Regionalpolitik für alle Landesteile, eine zupackende Strukturentwicklung in der Lausitz und die Profilierung der Hauptstadtregion zusammen mit Berlin zu einer Gewinnerregion der Zwanzigerjahre zu machen.



Vorstellung des Koalitionsvertrags am 25. Oktober 2019 im Landtag Brandenburg

Wie groß die Zukunftschancen sind, die wir jetzt ergreifen können – und müssen –, das zeigen uns beispielhaft die in den vergangenen Monaten auf den Weg gebrachte geplante Ansiedlung der Tesla-Fabrik für Elektrofahrzeuge in Grünheide oder der Bau einer BASF-Fabrik für Batteriekathoden in der Lausitz: Ökologisch nachhaltiger Wohlstand, sichere, moderne und zukunftsfähige Arbeitsplätze, erneuerter sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhalt, industrielle Entwicklung auf der Grundlage erneuerbarer Energie und innovationsstarker Forschungslandschaft – das alles zusammen wird für Brandenburg in den kommenden Jahrzehnten erreichbar. Es ist ein Miteinander von Ökonomie, Ökologie und Sozialem.

Es geht um Zusammenhalt, Nachhaltigkeit und Sicherheit für Brandenburg. Auf diese drei zentralen Leitplanken für die gemeinsame Arbeit und flankiert von einer soliden Finanzpolitik hat sich das Bündnis aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen in seinen zügig geführten Koalitionsverhandlungen im Herbst 2019 verständigt.

Die neue Landesregierung hat sich in den vergangenen drei Monaten unverzüglich an die Arbeit gemacht. Schon in ihren ersten Tagen und Wochen hat sie sich den Themen gewidmet, die den Bürgern besonders auf den Nägeln brennen. Das sind vor allem: Infrastruktur und Verkehr, Bildung, Gesundheit, Umwelt und Klima, Integration und innere Sicherheit, Arbeitsmarkt und auch die Situation in der Pflege.



26. November 2019: Erste Kabinettsitzung der neuen Landesregierung

Auf allen wichtigen Feldern hat die neue Koalition ihre Projekte benannt und arbeitet daran. Ein wegweisendes Zukunftsinvestitionsprogramm, u.a. zur Stärkung der Infrastruktur, sowie ein Nachtragshaushalt sind bereits auf den Weg gebracht. Dabei gilt: Gerade grundlegende Weichenstellungen sind Hals über Kopf nicht zu machen. Selbstverständlich können nach so kurzer Zeit nicht überall bereits abschließende Ergebnisse vorgelegt werden. Schwierige und umfassende Themen werden naturgemäß und zu Recht mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Dennoch können wir bereits nach 100 Tagen selbstbewusst wichtige Schlaglichter unseres Aufbruchs für Brandenburg benennen. Neben den konkreten Punkten gehört dazu ganz wesentlich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und durchaus auch: Einander zuhören und voneinander lernen. Das alles tut Brandenburg gut.

Dietmar Woidke

Michael Stübgen

Ursula Nonnemacher

Dietmar Woidke

Michael Stübgen

Ursula Nonnemacher



Pressekonferenz zur geplanten Tesla-Ansiedlung am 13. November 2019 in der Staatskanzlei

II 100 Tage: Ausgewählte Vorhaben

II.1 Nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und Strukturentwicklung

Brandenburg als Gewinnerregion im 21. Jahrhundert: Dafür muss nachhaltiges, dauerhaftes Wachstum geschaffen werden, in Gewerbe und Industrie, die Ökologie und Ökonomie nicht als Widerspruch, sondern als Zusammenhang begreifen. Nur so kann echter Klimaschutz gelingen und die Strukturentwicklung in allen Regionen des Landes mit hoher Akzeptanz vorgebracht werden.

- Die geplante Ansiedlung einer sog. „Gigafabrik“ des Autoherstellers **TESLA** in Grünheide (LOS) ist das aktuelle „Flaggschiffprojekt“ in der Industriepolitik des Landes. Das Vorhaben belegt das Potenzial der Gewinnerregion Brandenburg, die auf dem Sprung zu einer bundesweiten Vorreiterin in Sachen industrieller Nachhaltigkeit ist. Ab dem Jahr 2021 sollen E-Automobile „Made in Brandenburg“ produziert werden. Die Abstimmung zwischen den zuständigen Landesbehörden und dem US-amerikanischen Automobilhersteller verläuft planmäßig: Die von der Landesregierung eingesetzte Task Force arbeitet intensiv; der Kaufvertrag für das Betriebsgelände in Grünheide ist notariell beglaubigt; vorbereitende Arbeiten wurden aufgenommen. Aber es liegt noch viel Arbeit vor allen Beteiligten, um das Projekt zu realisieren. Die Bürgerinnen und Bürger werden fortlaufend und transparent zu den Entwicklungen der Ansiedlung informiert. Auf www.brandenburg.de wurde eine FAQ-Seite eingerichtet.
- Brandenburg macht ernst mit dem Klimaschutz und die Koalition ist sich einig: Es wird keine neuen Tagebaue geben. Die bestehenden Braunkohlekraftwerke sollen sukzessive bis 2038 vom Netz gehen. Der Wunsch vieler Unternehmen, klimaneutral zu produzieren, wird unterstützt. Die Landesregierung bekennt sich zu den Zielen und zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Sie strebt an, dass Brandenburg bis zum Jahr 2050 klimaneutral wirtschaftet. Dafür wurde der Prozess zur **Aufstellung eines brandenburgischen Klimaplan**s gestartet.
- Wie gut Elektromobilität und Brandenburg zusammenpassen, zeigt sich auch am Vorhaben der **„BASF Battery Materials Lausitz“**. Die Entscheidung des globalen Chemieunternehmens BASF für den Bau einer hochinnovativen Fabrik für Batteriekathoden am Standort Schwarzheide sichert und schafft Industriearbeitsplätze in der Lausitz und kann eine Schlüsselinvestition nicht nur in Brandenburg, sondern für den Durchbruch der klimaneutralen Mobilität und die

Zukunft des Automobilstandorts Deutschlands insgesamt sein. Neue Herstellungs- und Recyclingprozesse für Kathodenmaterialien zur Anwendung in Lithium-Ionen-Batterien sollen in Südbrandenburg erforscht und pilothaft verwirklicht werden. Neben der Forschung ist am Standort eine großskalige Produktionsstätte für Kathodenmaterialien in Planung. Die Anlage soll bereits 2022 in Betrieb gehen.

- Der in Brandenburg produzierte Strom aus **erneuerbaren Energien** soll auch verstärkt dort zum Einsatz kommen, wo er erzeugt wird. Das schafft Standortvorteile für energieintensive Unternehmen, weil Strompreissenkungen möglich werden. Das soll auch für Anwohner gelten. Es geht um eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieversorgung aus den Erneuerbaren.

Deshalb setzt sich die Landesregierung bei den derzeit laufenden Gesprächen auf Bundesebene für eine Änderung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein. Eine Bundesratsinitiative zur anstehenden Novelle des EEG wird zurzeit vorbereitet.

- Die Gestaltung des digitalen Wandels ist ein zentrales Zukunftsthema, das die Koalition energisch vorantreibt. Das „**Zukunftszentrum** Brandenburg für den digitalen Wandel“ unterstützt die Wirtschaft und die Beschäftigten auf dem Weg in die Arbeitswelt 4.0. Das Zentrum hat im November 2019 seine Arbeit aufgenommen und wird mit Mitteln des Bundes und des Landes finanziert. Die Standorte des Zukunftszentrums sind Potsdam (Hauptstandort), Götz, Cottbus und Königs Wusterhausen.

BASF-Standort Schwarzeide in der Lausitz





Klares Bekenntnis der Landesregierung: #WeRemember am 28. Januar 2020 zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

II.2 Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Landesregierung hat die Entwicklung im ganzen Land im Blick, in allen Regionen mit ihrem jeweils eigenen Charakter und Heimatgefühl. Überall im Land sollen Alteingesessene und Neu-Brandenburgerinnen und Brandenburger sehr gut leben können: Die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, egal ob in den ländlichen Regionen oder im Berliner Umland, steht im Mittelpunkt. Deshalb wird die Landesregierung auch weiterhin den Dialog mit den Menschen ganz direkt vor Ort führen: Ab Frühjahr 2020 gibt es weitere Bürgerdialoge und eine Fortsetzung der Reihe „Kabinetts vor Ort“. Und das Land bekennt sich klar zu Toleranz und Vielfalt. Das gilt gerade in diesem Jahr, 75 Jahre nach dem Ende des vom nationalsozialistischen Deutschland begonnen II. Weltkriegs. Für jüdische Einrichtungen werden infolge der gewachsenen Gefährdungssituation zusätzliche Mittel für Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Und Zusammenhalt unter dem Motto „Wir Miteinander“ prägt das Jahr 2020 mit der Brandenburgischen Bundesratspräsidentschaft.

- Die Landesregierung investiert in die Erneuerung Brandenburgs als nachhaltige und innovative Region im 21. Jahrhundert. Möglich macht das unter anderem der Ende 2019 beschlossene **Zukunftsinvestitionsfonds** in einem Volumen von einer Milliarde Euro. Die Mittel werden zehn Jahre lang in Infrastruktur und Zukunftstechnologien in allen Regionen des Landes fließen. Bereits für das laufende
- Jahr sollen erste Vorhaben im Umfang von ca. 40 Mio. Euro angestoßen werden.
- Um wichtige Verkehrsprojekte schneller voranzubringen, sind im Nachtragshaushalt und im Zukunftsinvestitionsfonds zusätzliche Mittel eingeplant. Ziel sind schnelle Verbindungen, pünktliche Züge und mehr Platz in der Bahn. Zu diesen Projekten gehören neben dem ÖPNV-Investitionsprogramm und



der Beschleunigung des Infrastruktur-Programms i2030 die Verlängerung der Bahnsteige an der Linie RE 1, die S-Bahn Verlängerungen nach Velten und Rangsdorf, die Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn und die Bahnanbindung der geplanten Tesla-Ansiedlung.

- Der Gesetzentwurf zur **Änderung der Brandenburgischen Bauordnung** ist regierungsintern auf den Weg gebracht. Die im Koalitionsvertrag genannten Ziele werden umgesetzt, bürokratische Hürden abgebaut und Verfahren erleichtert. Unter anderem wird das Bauen mit dem Baustoff Holz auch in den Gebäudeklassen 5 bis zur Hochhausgrenze ermöglicht. Die Genehmigungsfreistellung zur Aufstellung von Mobilfunkmasten soll erweitert sowie das Aufstellen von Ladestationen für Elektromobilität genehmigungsfrei gestellt werden.
- Bei der **Strukturentwicklung der Lausitz** arbeitet die Landesregierung entschlossen und zielgerichtet daran, den Weg von der traditionellen Energieregion zu einer nachhaltigen und vielseitigen Industrieregion im 21. Jahrhundert entscheidend zu unterstützen. Deshalb hat sich Brandenburg auch innerhalb der „ersten 100 Tage“ für die Sicherung der gut 10 Milliarden Euro Strukturhilfe für die Lausitz eingesetzt. Dazu gehören der

Ausbau des Bahnwerks Cottbus oder der Aufbau der Mediziner Ausbildung in Cottbus. Eine Schlüsselrolle spielen Wissenschaft und Forschung - der Ausbau der Wissenschaftsstandorte Cottbus und Senftenberg wird weiterfortgesetzt. Das entstehende 3D-Lab an der Brandenburgisch Technischen Universität ist ein erfolgreiches Beispiel dafür, wie von Forschungseinrichtungen Wachstumsimpulse ausgehen. Um sicherzustellen, dass aus den Bundesmitteln des Strukturstärkungsgesetzes auch schnellstmöglich konkrete Projekte und Investitionen werden, sieht der Nachtragshaushalt 2020 entsprechende Kofinanzierungsmittel vor.



Wissenschaft als wichtiger Teil der Strukturentwicklung:
Bibliothek der BTU Cottbus-Senftenberg

- Die Landesregierung nimmt die Entwicklung aller Regionen verstärkt in den Blick. In der Staatskanzlei angesiedelte **Regionalkoordinatoren** sollen für einen kurzen Draht in der Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen vor Ort sorgen. Das Kabinett hat sich damit bereits befasst.
- Bei einer gemeinsamen Kabinettsitzung der Landesregierungen von Berlin und Brandenburg soll am 31. März 2020 der Startschuss für die Erarbeitung eines „**Strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion**“ fallen. Er soll Leitideen für die Entwicklung der Hauptstadtregion im kommenden Jahrzehnt formulieren, für laufende Vorhaben einen einheitlichen Rahmen schaffen, neue gemeinsame Vorhaben auf den Weg bringen sowie die ressortübergreifende Kooperation stärken. Die Erarbeitung der Eckpunkte für die „Koordinierung der Hauptstadtregion Berlin- Brandenburg und Entwicklung der Regionalen“ läuft bereits.
- Trotz des Rückgangs der Bundesmittel im Bereich der **Wohnraumförderung** ist es gelungen, das Bewilligungsvolumen aus dem Wohnungsbauvermögen zu erhöhen. Für das Jahr 2020 liegen bereits jetzt Anträge über ca. 150 Mio. Euro vor. Die Landesregierung will deshalb das Bewilligungsvolumen für 2020 und die Folgejahre zu erhöhen, um die gestiegene Nachfrage bedienen zu können.
- Die Koalitionspartner haben vereinbart, dass **landeseigene Agrar- und Forstflächen grundsätzlich nicht mehr verkauft** werden sollen. Außerdem soll mit dem Bund über die Überführung der verbliebenen BVVG-Flächen in Landesbesitz verhandelt werden. Die Agrarminister aller ostdeutschen Bundesländer haben im Januar 2020 beschlossen, gemeinsam die Initiative zu einer Flächenübernahme zu ergreifen.



Bauwerk mit Symbolkraft: Die Glienicker Brücke über die Havel verbindet Berlin und Brandenburg



Wohnraumförderung: Bewilligungsvolumen erhöht



Kulturlandschaft im Naturpark Uckermärkische Seen

- Bei der weiteren Entwicklung der Brandenburger Kulturlandschaft müssen die Ziele von wirtschaftlich tragfähiger Landnutzung und ökologischer Verträglichkeit auf konstruktive Weise zusammengedacht und zusammengebracht werden. Dazu sollen die verschiedenen Interessengruppen von Landnutzern und Umweltschützern in einem **Kulturlandschaftsbeirat** miteinander verbunden werden. Aufgabe ist es, politische Gestaltungsprozesse konstruktiv zu begleiten und einen Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog zu leisten.



Gemeinsame Streifen: Polizei Guben/Gubin

II.3 Starker Staat und soziale Sicherheit

Sicherheit hat viele Dimensionen: Die Sicherheit, dass Straftaten effektiv verhindert werden und der Rechtsstaat verlässlich handelt. Die Sicherheit, dass Kindern die besten Bildungschancen ermöglicht werden. Und die Sicherheit, dass man im Krankheits- und Pflegefall optimal betreut wird. Dazu braucht es einen starken und handlungsfähigen Staat.

- Zur effektiven Umsetzung des Rechts wurden durch das Kabinett im Entwurf des Nachtragshaushalts **109 zusätzliche Stellen im richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst** sowie den Folgediensten festgelegt. So können die Verfahrenslaufzeiten bei Gericht spürbar verkürzt und die Altbestände zügiger abgebaut werden. Hiervon profitiert die Gesellschaft insgesamt, denn eine moderne und leistungsfähige Justiz schafft Vertrauen in den Rechtsstaat und die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen.
- Die Schwerpunktabteilung zur Bekämpfung schwerer Wirtschaftskriminalität, angesiedelt bei der Staatsanwaltschaft Potsdam, wird um die Zuständigkeit für **schwere Umweltstraftaten** erweitert. Die Bekämpfung von Kriminalität, die gegen den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und damit letztlich gegen Brandenburg als lebenswertes Land gerichtet ist, wird damit entschieden verbessert.
- Zusätzliche Stellen werden für den Aufbau eines neuen **Masterstudiengangs Kriminallistik** an der Hochschule der Polizei in Oranienburg sowie für die Einrichtung eines zweiten Standortes der Landesfeuerwehrschule (in Wünsdorf) bereitgestellt. In Guben/Gubin hat ein gemeinsamer **deutsch-polnischer Polizeidienst** den Dienst aufgenommen.
- Verurteilte Straftäter ausländischer Herkunft sollen kein Bleiberecht in Brandenburg haben. Das gilt insbesondere für Intensivstraftäter. Für die Bewältigung dieser Aufgabe durch eine **Task Force „Abschiebung Straftäter“** werden zusätzliche Stellen für

- die Organisation der Ausweisung und Abschiebung straffällig gewordener Ausreisepflichtiger mit dem Nachtragshaushalt 2020 zur Verfügung gestellt. Dies umfasst auch die Unterstützung der kommunalen Ausländerbehörden auf diesem Gebiet.
- Bildungschancen beginnen bei den Kleinsten. Die Landesregierung setzt deshalb die qualitative Verbesserung der brandenburgischen **Kitas** fort. Ab dem 1. August 2020 wird der Personalschlüssel von 1:11 auf 1:10 verbessert. Zusätzlich soll das brandenburgische Kita-Recht transparenter, klar strukturiert und praxistauglicher werden. Der Prozess dafür ist bereits gestartet; eine Auftaktveranstaltung für diese Diskussion fand am 19. Februar 2020 statt. Das völlig überarbeitete Gesetz soll mit angepassten Verordnungen möglichst zum 01. Januar 2023 in Kraft treten. Die vereinbarte Mustersatzung für Elternbeiträge ist auf den Weg gebracht.
 - Die Investitionsförderung des Landes für die **Krankenhäuser** wird um 10 Mio. Euro auf 110 Mio. Euro jährlich erhöht. Im Rahmen des **Paktes für Pflege** wird insbesondere die Pflegeausbildung gestärkt: durch verbesserte sozialpädagogische Begleitung, eine erhöhte Sachkostenausstattung und zusätzliche Stellen für die dringend notwendige Fachkräftesicherung und die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

Zusätzlich wird das „Ausbildungsportal Pflege“ eingeführt und in das brandenburgische Fachkräfteportal integriert. So erhalten Einrichtungen, Pflegedienste und Pflegeschulen ein Werkzeug, das die Gestaltung der Ausbildung übersichtlicher macht und die Suche nach passenden Kooperationspartnern erleichtert.

Kita: Bessere Betreuung dank angepasstem Personalschlüssel





Wildschutzzaun an der Neiße bei Guben



Brand- und Katastrophenschutz:
Gute Ausrüstung ist das A und O

- Zahlreiche Maßnahmen gegen eine Ausweitung der **Afrikanischen Schweinepest** wurden getroffen: Dazu gehört erstens der Aufbau lokal und zeitlich begrenzter mobiler Wildschutzzäune entlang der Hochwasserschutzanlagen an der Oder in enger Abstimmung mit den Landkreisen und der Republik Polen. Zweitens gibt es eine Informationsoffensive gegenüber Schweinehaltern, Jägerinnen und Jägern, Reisenden aus betroffenen Gebieten, Unternehmen der Verkehr/Logistik-Branche und Arbeitgebern, die Erntehelfenden und Pflegekräfte aus osteuropäischen Ländern beschäftigen. Und drittens wird die Aufwandsentschädigung für das Auffinden, Melden und Beprobieren von Fall- und Unfallwild durch Jägerinnen und Jäger erhöht.
- Der **Brand- und Katastrophenschutz** wird über verschiedene Vorhaben gestärkt. Manches wurde bereits begonnen: Mit Mecklenburg-Vorpommern ist der gemeinsame Einkauf neuer Hochleistungstankzüge vereinbart. Für die Wehren werden fünf Hochleistungspumpen beschafft, die vom Land mit 80% gefördert werden. Sie dienen der effektiven Brandbekämpfung bei Großschadenslagen (v.a. Waldbränden), können aber auch bei Hochwasser eingesetzt werden. Außerdem wurde eine App zur Alarmierung von Ersthelfern entwickelt („KATRetter“). Diese können dann bis zum Eintreffen der Rettungskräfte gezielt erste Hilfe leisten. Die Entwicklung der App wurde zu 80% vom Land gefördert und ist am 10. Februar der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Abteilung 3 | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam
Telefon: 0331/866-0 | poststelle@stk.brandenburg.de
www.brandenburg.de | Facebook: unser.brandenburg
V.i.S.D.P.: Regierungssprecher Florian Engels

BILDNACHWEISE

Titelseite: ahua (stock.adobe.com) | S. 2-4: Staatskanzlei | S. 5: BASF | S. 6: Staatskanzlei | S. 7: Deutsche Bahn und Andreas Fink (MIL) | S. 8: Hochberg und Wellhofer Designs (stock.adobe.com) | S. 9: Dr. Mario Schrupf | S. 10: Polizei Brandenburg | S. 11: Andrey Kuzmin (stock.adobe.com) | S. 12: MSGIV und Freiwillige Feuerwehr Jüterbog